



Aktion Sie kommen oft im Dunkeln. Und am Ende stehen nicht die Täter, sondern die Geschädigten am Pranger. Immer wieder sind Nutztierhalter fast hilflos fragwürdigen Methoden radikaler Tierrechtler ausgeliefert. Wir geben einen Einblick in die Methoden der Szene.

Stoppt den Terror!

Europol, die europäische Polizeibehörde, legt jedes Jahr einen Bericht zur Terrorsituation in Europa vor. Die jüngste Ausgabe lässt aufhorchen. Danach tragen einige gewalttätige Aktionen extremistischer Tierrechtler die Züge terroristischer Akte.

Bewiesen ist damit nichts. Trotzdem lässt die Brandstiftung an einem Hähnchenmaststall im niedersächsischen Sprötze vor wenigen Wochen aufhorchen. Denn spätestens ein anonymes Sympathisanten schreiben, das kurz danach aufgetaucht ist, nährt die Befürchtung, dass Eigentumsrechte bei extremistischen Tierschützern nicht viel zählen, ebenso der Respekt vor Andersdenkenden. Veröffentlicht hat es die Internetseite des amerikanischen Aktivistenmagazins Bite Back (zu deutsch: Beiß zurück), das der Animal Liberation Front (ALF, Tierbefreiungsfront) nahe steht. Gleichzeitig wurde es der deutschen Tierrechtsorganisation Die Tierbefreier vorgestellt: „Die Aktion wurde durchgeführt, um direkt Leben zu retten, da alle vorher argumentativ geführten Auseinandersetzungen gescheitert sind.“ Damit drücken die unbekanntenen Schreiber schlicht aus: Da sie mit wochenlangen Protesten vor der Baustelle ihr Ziel, einen Baustopp, nicht erreicht haben, halten sie auch radikale Maßnahmen für gerechtfertigt.

Die Behörden, die in Sprötze ermitteln, bezweifeln zwar, dass es sich um ein Bekennerschreiben handelt. Aber auch wenn damit nur Trittbrettfahrer ihre Sympathie bekunden, offenbart es die Denke radikaler Tierrechtler: „Der psychische Druck und der finanzielle Schaden, der auf der/dem Besitzer/in lastet, ist uns bewusst. Dies steht aber in keinem Verhältnis gegenüber den Qualen, die die Hähnchen dort erleiden müssten.“ Und sie scheuen nicht zurück, neue Gewaltakte anzukündigen: „Alle Versuche, die Mastanlage wieder aufzubauen, um damit

Machen Sie mit: Stoppt den Terror gegen unsere Tierhalter!

Rechtschaffene Unternehmen an den Pranger zu stellen, das ist alles andere als rechtmäßig. Wie unser Themenschwerpunkt zeigt, gibt es neben Tierschützern, die zwar nicht unbedingt die Meinung der Landwirte teilen, aber denen an der Sache gelegen ist, und die ihre Ziele auf dem Boden der Gesetze durchzusetzen suchen, auch andere: Tierrechtler, die unreflektiert und ohne Bereitschaft zu konstruktiver Auseinandersetzung einfach drauflospoltern, und radikale Tierrechtler, die auch vor der Verletzung von Eigentums- und Persönlichkeitsrechten oder gar der Anwendung von Gewalt nicht zurückschrecken. Tierhalter, die nach bestem Wissen und Gewissen und auf Basis geltender Gesetze arbeiten, haben es nicht verdient, von solchen Personenkreisen verunglimpft zu werden. Dem muss Einhalt geboten werden. Das dlz agrarmagazin fordert daher:

1. Militante und gewalttätige Tierrechtler unter Beobachtung des Verfassungsschutzes

zu stellen, denn sie verstoßen offenkundig gegen verfassungsmäßig verbriefte Rechte anderer!

2. Den Entzug der Gemeinnützigkeit bei solchen Organisationen, die Sympathie und Unterstützung für militante Tierschützer bekunden oder selbst zu illegalen Aktionen aufrufen.

3. Die Durchsetzung des Rechtsgrundsatzes, dass illegal beschafftes Material vor Gericht nicht als Beweismittel zugelassen wird.

Unterstützen Sie unsere Tierhalter und machen Sie mit bei unserer Mailaktion an den Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, in dessen Ressortzuständigkeit Verfassungsschutzfragen fallen. Teilnehmen können Sie unter www.stoppt-den-terror-gegen-unsere-tierhalter.de. Die Forderungen bekommen umso mehr Gewicht, je mehr Menschen teilnehmen. Empfehlen Sie die Aktion weiter und motivieren Sie Freunde, Bekannte und Geschäftspartner zum Mitmachen! *ds*



Profit auf Kosten von Individuen zu machen, werden wir zu verhindern wissen!“

Ein Einzelfall? Sicher nicht. Auf mehreren Internetseiten bekunden Sympathisanten unverhohlen: „Ihr habt meinen vollsten Respekt!“, „Ich danke den Menschen, die das vollbracht haben.“, „Respekt und Danke, wer auch immer das gemacht hat.“, „Solidarität mit den Brandstiftern ...“. Das sind Aussagen, die ganz im Sinne der Tierbefreiungsfront sind, deren Richtlinien „Das Zufügen ökonomischer Schäden für all jene, die von der Not und der Ausbeutung der Tiere profitieren“ vorsehen.

Demnach könne auch Gewaltanwendung – in Notwehrsituationen – ein legitimes Mittel sein.

Angesichts der Mittel, die militante Tierschützer in der Vergangenheit angewendet haben, scheinen sie allerdings eine andere Auffassung von Notwehr zu haben als das allgemeine Rechtsverständnis. Zwar sind landwirtschaftliche Tierhaltungen in Deutschland bislang weitgehend von extremistischen Übergriffen verschont geblieben. Einbrüche in Ställe, um Filmaufnahmen zu machen oder Tiere zu entwenden, oder Denunziationskampagnen nehmen



Nach dem Brandanschlag Ende Juli beabsichtigt Familie Eickoff, den Hähnchenmaststall wieder aufzubauen.



Ein Bild der Verwüstung. Während sich im Internet zahllose Sympathisanten zu Wort melden, fehlt von den Brandstiftern jede Spur.

Fotos: Preugschat (2), Fotolia

So funktionieren Kampagnen



Foto: Fotolia

Es geht um Aufmerksamkeit, manchmal auch ums Portemonnaie von Tierliebhabern.

Paukenschläge, die viele hören – das ist ein Mittel, mit dem so genannte Nichtregierungsorganisationen (NGO oder NRO) gerne operieren, denn es geht um Aufmerksamkeit. Die brauchen sie, um ihre Themen zu setzen und Druck zu erzeugen, Druck zum Beispiel gegenüber der Wirtschaft, aber vor allem auch gegenüber der Politik. Denn die Akteure der NGO sind keine gewählten Volksvertreter, wollen aber die politische Meinungsbildung in ihrem Sinn beeinflussen und damit natürlich den rechtlichen Rahmen – im Tier- genauso wie im Umweltschutz, aber auch in anderen gesellschaftlichen Belangen. In aller Regel gehen ihre Forderungen dabei weit über bestehende Gesetze hinaus und vielfach entsprechen sie auch nicht den Erfahrungen oder Möglichkeiten der Praxis. Vor allem radikaleren Organisationen geht es weniger um die Sache selbst, sondern mehr darum, eine Ideologie durchzusetzen und damit den Rest der Bevölkerung „zwangszubeglucken“.

Damit der Paukenschlag auch laut genug wird, brauchen die NGO eindrucksvolle Bilder, um die vermeintliche Brisanz ohne großen Umweg bei den Adressaten ins Bewusstsein zu bringen

und bei ihnen für Aufregung zu sorgen. Weiterhin benötigen sie einen Kanal, über den die Bilder gehen. Deswegen betreiben NGO eine intensive Öffentlichkeitsarbeit mit engen Kontakten zu den Medien. Da denen vor allem an „schlechten Nachrichten“ – was passt nicht ins Bild der heilen Welt des Durchschnittsbürgers – gelegen ist, fallen die Skandalbilder und –meldungen dort in aller Regel auf fruchtbaren Boden.

Was NGO außerdem brauchen: einen Bösen, der für den angeprangerten Missstand verantwortlich ist. Landwirte eignen sich für Massenmedien ausnehmend gut, zum „an den Pranger Stellen“. Ihnen tut das kaum weh, denn Landwirte und ihre Familien zählen in diesen Medienhäusern selten zur relevanten Kundschaft. Obwohl erhobene Vorwürfe selten wirklich stichhaltig bewiesen sind, müssen Landwirte so bei vermeintlichen Skandalen wochenlange Anfeindungen ertragen. Ist ihre Unschuld später erwiesen, findet das kaum mehr die Verbreitung wie zuvor die Skandalmeldung. Damit bleibt in aller Regel auch ein Makel hängen, der nur mühsam wieder aus der Welt zu schaffen ist. *ds*

sich gegen das, was ein Blick ins europäische Ausland sowie in die USA offenbart, fast harmlos aus. So berichten Behörden aus Großbritannien oder Amerika sogar von Bombenangriffen auf wissenschaftliche Versuchslabore, einer anderen beliebten Zielscheibe militanter Tierrechtler.

Heißer Sommer

Bis Redaktionsschluss gab es noch keinen handfesten Beweis, wer hinter der Brandstiftung in Sprötze steht. Aber ist es wirklich ein Zufall, dass im 90 km entfernten Wietze mit aller Macht gegen einen Hähnchenschlachtbetrieb Front gemacht wird? Auffällig ist, dass der jetzt abgebrannte Betrieb ebenso wie andere in der Region plant, an den Schlachthof in Wietze zu liefern. Traten Tierschützer vor dem Brand in Sprötze mit Mahnwachen auf, wurde andernorts, wie beispielsweise im August zwischen Üfingen und Alvesse nahe Braunschweig, kurzerhand das Baugelände besetzt.

Ob der öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema wundert es nicht, dass just in dieser Zeit das ARD-Politikmagazin Report aus Mainz mit Bildern aus Putenmastbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern nachlegte. Im Visier der Berichterstattung: Astrid Grotelüschen, die für Landwirtschaft und Tierschutz in Niedersachsen zuständige Ministerin.

Die Finger im Spiel hatte bei dem Report-Beitrag auch die Tierrechtsorganisation PETA. Peta steht für People for the ethical treatment of animals, was übersetzt so viel bedeutet wie Menschen für den ethischen Umgang mit Tieren. Die Organisation tritt für einen radikalen Tierschutz und den kompromisslosen Verzicht auf tierische Produkte ein. Sie macht seit Jahren immer wieder von sich reden, zum Beispiel dadurch, dass sie nicht davor zu-

Es passiert – immer wieder und überall

Frühjahr 2004, Winter 2005: Hessen

Mitglieder einer lokalen Tierrechtsorganisation brechen in einen Schweinemaststall ein. Nach



Fotos: Fotolia (2)

einer Anzeige kontrolliert die Kreisveterinärin den Betrieb und kommt zum Ergebnis: „Nichts, was eine Anzeige rechtfertigen würde.“ Ein Kamerateam von Stern-TV überrumpelt Monate später den Seniorchef des Betriebs. Der Medienrummel geht weiter in Pro Sieben und der ARD. Die Kampagne gegen den Betrieb kommt erst zum Stopp, nachdem die ISN und ein Medienanwalt eingeschaltet werden.

Januar 2008: Sachsen

Das ARD-Politikmagazin report München strahlt Bilder aus, die aus einer sächsischen Mastanlage stammen sollen. Zu sehen sind: zum Beispiel extrem verdreckte Schweine, überbelegte Ställe und unbehandelte Verletzungen. Die Behörden führen am Folgetag Kontrollen durch. Ein Veterinär vom

Landratsamt bestätigt: „Die im Magazin report dargestellten Missstände in der Tierhaltung ... sind nicht nachvollziehbar.“ Es stellt sich heraus, dass Peta die Filmaufnahmen report zugespield hatte.

Juli 2009: Brandenburg

Nach einer Strafanzeige gegen einen Sauenhaltungsbetrieb wegen „zehntausendfacher Tierquälerei“ verbreiten Fernsehen und Zeitschriften Bildmaterial, das die Vorwürfe unterstreichen soll. Trotz Kontrollen durch Ämter und Prüfstellen, die belegen, dass die Vorwürfe haltlos sind, kommt es durch den Medienrummel zu Telefonterror und Drohungen gegen den Betriebsleiter und seine Mitarbeiter. Ein Strafverfahren aufgrund von Anzeigen wegen angeblicher Verstöße gegen das Tierschutzgesetz weist die Staatsanwaltschaft schließlich in allen Punkten zurück.

rückschreckt, den Holocaust an jüdischen Mitbürgern im Dritten Reich auf dieselbe Stufe zu stellen wie die Haltung von Tieren, oder dadurch, dass sich Prominente nackt für ihre Kampagnen ablichten lassen. Für Landwirte ist die Organisation vor allem deswegen ein rotes Tuch, weil sie immer wieder daran mitwirkt, mit entsprechenden Fernsehbildern Nutztierhaltung in ein schlechtes Licht zu rücken.

Zu dem Zweck bietet sie Medien, etwa über ihre Internetseite, eine Fülle an Bildern oder Filmaufnahmen an, die vermeintliche Missstände belegen sollen. Dabei offeriert Peta nicht nur vorhandenes Bildmaterial, sondern geht noch einen Schritt weiter: „Des Weiteren kann Ihnen exklusives und hoch brisantes Material auf Anfrage ausgehändigt oder auch speziell für Ihren Themenschwerpunkt produziert werden.“ Wie diese Bilder zustande kommen, darüber schweigt Peta. Lediglich der Verweis auf „verdeckte Ermittler“ findet sich in dem Angebot.

Wenn die Wahrheit ans Licht kommt ...

Was die Medienarbeit von Tierrechtlern bezwecken soll, ist schnell geklärt: Es geht vor allem darum, umgehend einen Aufschrei in der Öffentlichkeit auszulösen. Je drastischer die Bilder, umso besser. Oftmals wird gleichzeitig mit der Veröffentlichung gegen die Betriebe, aus denen die Aufnahmen angeblich stammen, wegen vorgeworfener Verstöße gegen den Tierschutz Strafanzeige gestellt. Das erhöht die Brisanz für die Medien.

Dass dabei auch mal die Wahrheit auf der Strecke bleibt und Betroffene zu Unrecht in Misskredit gebracht werden, zeigt zum Beispiel der Fall der Prignitzer Landschwein GmbH, über den das dlz agrarmagazin im September 2009 berichtet hatte.



Foto: Landpixel

Dem Unternehmen warf Peta Tierquälerei bei der Ferkelkastration vor. Zur Untermauerung griff Peta dabei Filmmaterial auf, das ein Team des Senders Tier-TV mit Billigung des Betriebs in einem ganz anderen Zusammenhang aufgenommen hatte.

Ein Verfahren aufgrund von Strafanzeigen, die Peta und die „Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt“ gegen das Prignitzer Unternehmen eingereicht hatten, wies die Staatsanwaltschaft zurück. Und machte damit klar: Es gab keinen Grund zur Beanstandung. Doch diese für den Betrieb guten Nachrichten fanden in den Medien längst nicht mehr den Widerhall wie die anfänglichen Skandalmeldungen. Diese waren für die Medien, die zuvor die Vorwürfe von Peta mit verbreitet haben, allenfalls noch eine Randnotiz. Besonders

Verantwortungsbewusste Tierhalter wissen: Das Wohl der Tiere im Auge zu behalten, ist Tierschutz und gut für den Betriebserfolg.

perfidie: Nach wie vor schreibt das Deutsche Tierschutzbüro auf seiner Internetseite www.tierschutzbilder.de, der Fall Prignitzer Landschwein sei „ein besonders grausamer Fall von Tierquälerei“. Als rechtlich Verantwortlich für den Internetauftritt führt das Impressum einen Ingo Schulz. Allerdings kolportieren verschiedene Internetforen, es handele sich dabei um Jan Peifer, der für das Tierschutzbüro bereits unter dem Namen Thomas Wegteck in Erscheinung getreten sein soll. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) kennt außerdem einen weiteren Namen von Peifer, alias Schulz, alias Wegteck: Thomas Sailer. Laut HAZ arbeite Peifer eng mit Peta zusam-

Februar 2010: Bayern

Eine Absenderin, die sich als im Namen der österreichischen Tierrechtsorganisation RespekTiere handelnd ausgibt, verbreitet einen anonymen Bericht von Aktivisten. Sie geben vor, in einen Maststall in Bayern eingedrungen zu sein. Vorgeblich unhaltbare Zustände hätten sie dort vorgefunden. Der Verein kündigt Anzeigen und die Veröffentlichung eines Videos an. Ort und Umstände bleiben unklar.

März 2008: Österreich

Tierbefreier setzen nächtens 400 Schweine aus einem Stall frei. Nach Angaben des Besitzers sollen dabei auch Ferkel umgekommen sein.

2008/2009: Europaweit

Die britische Organisation Compassion in World

Farming (CIWF) und die Europäische Koalition für Nutztiere (ECFA), der unter anderem in Österreich Vier Pfoten und Animal Spirit oder in Deutschland ProVieh und die „Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt“ angehören, führen in sechs europäischen Ländern verdeckte Ermittlungen durch. Ziel sind 74 Schweinehaltungsbetriebe, darunter 19 in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Mit den Filmaufnahmen und den Rechercheergebnissen wollen die Organisationen belegen, dass die Mehrheit der Schweine in Europa nicht gemäß geltender Tierschutzvorschriften gehalten wird. Auf der Basis der Ergebnisse versuchen die Organisationen, Einfluss auf die EU zu nehmen. Neben anderen Zielen wollen sie dabei auf ein Verbot des Schwanzkupierens hinarbeiten.



men. Den Namen zu wechseln, diene ihm dazu, unentdeckt zu bleiben. Ein weiterer Bilderlieferant ist der Kameramann Stefan Bröckling. Von ihm stammen nach Bekunden des Südwest-Rundfunks (SWR) die Filmaufnahmen aus den Putenmästereien in Mecklenburg-Vorpommern, die Report jüngst ausgestrahlt hat.

So klar das Ziel ist, mit drastischen Bildern die Öffentlichkeit zu mobilisieren, so klar ist nicht immer, wozu die Stimmungsmache am Ende dient.

Denn: so eindeutig die Aussagen vieler Tierrechtsorganisationen, sie würden zum Wohl der Tiere handeln, auch sind, so wenig leuchtet ein, dass sie, angeblich zum Zweck der Dokumentation, erst einmal zusehen, wenn sie vorgebliches Tierleid vor die Kamera bekommen, bevor sie im Sinne der Tiere handeln und die zuständigen Behörden einschalten. Geht es den Tierrechtlern also noch um etwas anderes? Schließlich müssen sich die Organisationen neben anderen auf dem Markt der Meinungen behaupten. Öffentlichkeit tut nun mal gut im Ringen um Unterstützung durch die Mitbürger – ideell wie materiell. Immerhin bestreiten Peta und Vier Pfoten, die beiden bekanntesten Tierrechtsorganisationen in Deutschland, jeweils über 90 Prozent ihres Budgets aus Spenden und Zuwendungen aus Nachlässen.

Transparenz fordern, Intransparenz leben

Neben diesen beiden Organisationen versuchen noch etliche andere, mit dem Thema Tierschutz Stimmung in der Bevölkerung zu machen. Zahllose Organisationen tummeln sich in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Zum Teil strikt darauf bedacht, ihre Ziele auf dem Boden der demokratischen Grundordnung zu verfolgen, zum Teil aber auch bereit, sie mit Gewalt durchzusetzen, wie etwa die Sympathisanten der international agierenden und vernetzten Animal

Liberation Front (ALF). Inwieweit die deutsche Organisation Die Tierbefreier Mitglied dieses Netzwerks ist oder es aktiv

unterstützt, lässt sich nicht nachvollziehen. Allerdings bietet sie ganz öffentlich Aktivisten, die durch ihre Aktionen mit dem Gesetz in Konflikt geraten, ihre Hilfe an. Dafür unterhalten Die Tierbefreier ein eigenes Unterstützerkonto.

Insgesamt sind die Tierrechtsszene und ihre nationalen wie internationalen Verflechtungen schwer zu durchschauen. Während sie Landwirten und Ernährungswirtschaft Undurchsichtigkeit und Verschleierung vorwirft, lässt sie selbst

Transparenz vermissen. Als sicher gilt, dass gerade militante Aktivisten über ein sehr engmaschiges Beziehungsnetz im deutschsprachigen Raum sowie international verfügen. Das Internet scheint dabei wichtiger Dreh- und Angelpunkt zu sein. Neben der Animal Liberation Front

geben weitere Internetseiten Tipps für die Planung von Aktionen und weisen auf bevorstehende oder durchgeführte Aktionen hin. Waren in früheren Jahren dort vor allem Übergriffe auf Jäger, Pelztierfarmen und Forschungslabore verzeichnet, tauchen zusehends auch Übergriffe auf landwirtschaftliche Tierhaltungen auf. Darüber hinaus nutzen die Tierrechtler konsequent die Möglichkeiten, die das Internet bietet, um ihre Botschaften zu verbreiten. Facebook-Einträge gehören genauso dazu wie zahllose Videobeiträge auf YouTube, die es zum Teil auf bis zu mehrere Hunderttausend Aufrufe bringen.

Nach eigener Darstellung ist die ALF keine Organisation mit klassischer Mitgliederstruktur. Dies bestätigt auch der Inlandsgeheimdienst der USA, das Federal Bureau of Investigation (FBI). Ihm zufolge zeichnen sich extremistische Organisationen mit einer Tendenz zum Terrorismus gerade dadurch aus, dass ihnen eine zentrale und hierarchische Organisationsstruktur fehle, und sie aus kleinen, lose vernetzten Zellen heraus agieren. So auch bei der ALF, die das FBI seit einigen Jahren unter Beobachtung hat.

Militante Tierschützer sind längst ein Fall für Verfassungsschutzorgane. Nicht in Deutschland, aber in der Schweiz oder in



Fotos: Preugschat, Landpixel, privat

Mit Sabotageakten verlassen radikale Tierrechtler den Boden der Gesetze. Es gilt, Tierhalter besser vor ihnen zu schützen.

Österreich. Spätestens nach dem Anschlag auf die Hütte eines Novartis-Mitarbeiters beobachtet der Schweizer Verfassungsschutz die Szene. In Österreich stehen gerade Mitglieder einer Tierrechtsbewegung vor Gericht. Sie sind nach Aktionen auf einen Pelzhändler ins Visier der Behörden geraten.

In den USA hat das FBI im vergangenen Jahr einen führenden Kopf der Tierrechtsbewegung auf die Liste der meist gesuchten Terroristen gesetzt. Und der US-amerikanische Überseeeinrichtungsdiens OSAC geht in seinen Berichten zur Lage in anderen Ländern – auch in Europa – immer wieder auf Umtriebe militanter Tierrechtler als Bedrohung für im Ausland lebende Amerikaner ein.

USA: Deutliches Wort des Gesetzgebers

Noch haben extreme Tierrechtler nicht den Grad der Militanz gegen die landwirtschaftliche Nutztierhaltung erreicht, wie sie zum Beispiel von Aktionen gegen Versuchslabore berichtet wird. Aber je mehr sich Vorbehalte gegen die Nutzung von Tieren zu wirtschaftlichen Zwecken in der Bevölkerung breit machen, umso mehr ist zu befürchten, dass Übergriffe zunehmen, bei denen Sachschäden billigend in Kauf genommen werden.

Zunächst vor allem gedacht, um Versuchseinrichtungen besser vor illegalen Aktionen zu schützen, haben die USA Anfang der 1990er-Jahre den Animal Enterprise Terrorism Act (AETA, Gesetz zum Schutz von Tierhaltungen gegen Terrorismus) erlassen. Der Ursprung reicht zurück bis in die 1960er-Jahre. Die seit 2006 geltende Fassung bezieht explizit auch landwirtschaftliche Tierhaltungen ein und sieht für den Verursacher Ersatz für jeglichen wirtschaftlichen Schaden vor, Ertragsverluste oder Einkommenseinbußen eingeschlossen.

Interview



„Über die Tierhaltung wird in den Medien entschieden.“

Prof. Dr. Achim Spiller leitet den Lehrstuhl Marketing für Lebensmittel und Agrarprodukte der Universität Göttingen. Er befasst sich unter anderem mit der Akzeptanz moderner Landwirtschaft und ihrem Image in der Bevölkerung.

dlz Stallbauvorhaben ziehen sich immer mehr in die Länge, weil Bürger dagegen auf die Straße gehen. Nehmen Vorbehalte generell zu?

Prof. Spiller: Es stimmt: Die gesellschaftliche Meinung zur Tierhaltung ist heute kritischer. Wir wissen jedoch aus Studien, dass bei Stallbauvorhaben in erster Linie Veränderungen in der Dorfstruktur Proteste auslösen. Auch auf dem Land wird die Landwirtschaft zur Minderheit. Menschen, die aus der Stadt zuziehen, suchen die ländliche Ruhe, sind aber nicht bereit, traditionelle Nebenwirkungen der Landwirtschaft wie zum Beispiel Gerüche in Kauf zu nehmen. Sie halten Landwirtschaft zwar für wichtig, aber bitte „nicht vor meiner Haustür“. Daher wird zum Teil auch gegen Bioställe protestiert. Diese Haltung gewinnt an Bedeutung, weil die wirtschaftliche Relevanz der Landwirtschaft nicht mehr erkennbar ist. Dies gilt außerhalb der Kernregionen der Tierproduktion noch deutlicher als in den Veredelungszentren.

Wo liegen die Ursachen?

Prof. Spiller: Die Bevölkerung ist immer weiter von der Landwirtschaft entfernt; ihr Wissen darüber geht verloren. So vermuten zum Beispiel in einer unserer Befragungen 82 Prozent der Kinder in Berlin, dass Schweine Gras fressen. Tierhaltung spielt sich heute oft in geschlossenen Räumen ab. Daraus entsteht viel Unsicherheit. Fragt man Verbraucher, wo für sie „Massentierhaltung“ beginnt, denken sie an 400 Mastplätze. Neue Schweineställe in Nordwest- und Ostdeutschland werden heute aber kaum noch unter 2.000 Plätzen gebaut. Hinzu kommt, dass der Eigenwert der Tiere sowie ihre Fähigkeit, Gefühle zu empfinden und zu leiden, immer deutlicher erkannt werden. Daneben gewinnen in einer Wohlstandsgesellschaft mit wenigen Kindern Tiere an Bedeutung, und die Haustierperspektive wird auf die Landwirtschaft übertragen. Das ist nicht aufzuhalten, gerade in den meinungsprägenden Gesellschaftsteilen.

Welchen Einfluss haben Gruppen, die kompromisslos auf Tierprodukte verzichten und das auch von anderen fordern?

Prof. Spiller: Militante Vegetarier haben ein großes Forum im Internet, spielen für die breite Bevölkerung aber eine geringe Rolle. Vegetarismus ist zwar nach wie vor nicht mehrheitsfähig, aber es ist heute nicht mehr verpönt, auf Fleisch zu verzichten. Im Gegenteil, Vegetarismus steht

für einen nachhaltigen Lebensstil. Bei jungen Schauspielerinnen, den Idolen der Kids, gilt es geradezu als sexy. Das wirkt in der Gesellschaft ebenso wie das verbreitete Gefühl, dass heute eine industrialisierte, tierfeindliche Produktion vorherrscht. Dazu ein Zitat aus einer aktuellen Ausgabe der größten deutschen Frauenzeitschrift BRIGITTE: „... noch einmal schreiben, dass wir bei BRIGITTE gegen Massentierhaltung sind, dafür, weniger Fleisch zu essen, und wenn, dann bio? Ist das nicht selbstverständlich?“ Da 70 Prozent der Lebensmittel von Frauen gekauft werden, hat die gesamte Fleischwirtschaft vom Landwirt bis zum Handel ein Problem, wenn die Standardproduktion von einer der einflussreichsten deutschen Frauenzeitschriften derart bewertet wird.

Wie die Brandstiftung in Sprötze zeigt, finden auch illegale Aktionen Sympathisanten. Besteht die Gefahr einer Radikalisierung unter dem Deckmantel des Tierschutzes?

Prof. Spiller: Sympathiebekundungen zu dem Vorfall verzerren das Bild. Unserer Einschätzung nach lehnt der weit überwiegende Teil der Tierschützer kriminelle Aktionen ab. Aus Sicht der Fleischwirtschaft ist es gerade in der jetzigen Phase wichtig, zu unterscheiden, mit wem man zusammenarbeiten kann und mit wem nicht. Es gibt große Tierschutzverbände, mit denen man sich an einen Tisch setzen sollte. So hat der Deutsche Tierschutzbund rund 800.000 Mitglieder mit moderaten Positionen, oder kurz gesagt: viele Verbraucher, die einfach Tiere lieben. Dann gibt es Organisationen wie Greenpeace oder PETA, die aggressiver vorgehen. Deren Instrument sind Medienkampagnen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. Zwischen solchen Organisationen und der Wirtschaft wird mit „harten Bandagen“ um die öffentliche Meinung gerungen. Aber auch da muss man noch unterscheiden: Laufen mit Greenpeace neben der öffentlichen Auseinandersetzung auch fachliche Lösungsgespräche im Hintergrund, ist mit PETA ein Kompromiss kaum zu finden, da sie landwirtschaftliche Tierhaltung grundsätzlich ablehnt. Schließlich gibt es am Rande der „Tierschutzszene“ kleine militante Gruppen. Ob die zunehmen, kann nur der Verfassungsschutz beurteilen.

Wie kann man einer Radikalisierung vorbeugen?

Prof. Spiller: So bedrohlich und empörend einzelne kriminelle Aktionen auch sind, entscheidend für die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie ist das öffentliche Meinungsklima. Aus einer eigenen

großen Verbraucherstudie wissen wir, dass Akzeptanz nicht über Wissen, sondern über Vertrauen gewonnen wird. Es gilt, langfristig Glaubwürdigkeit und in der Folge Vertrauen aufzubauen. Grundprinzipien einer Vertrauenskommunikation sind erstens Aufrichtigkeit – offene Diskussion auch über die Schwächen der modernen Tierhaltung – zweitens Personalisierung – das bedeutet, auch öffentlich in vollem Umfang für seine Tierhaltung oder Schlachtung einzutreten – drittens Transparenz – zum Beispiel haben holländische Kälbermäster von „Peter’s Farm“ im Stall eine Webcam – und viertens Dialog mit den Medien und interessierten Verbänden. Die Wirtschaft muss aktiv für ihre Daseinsberechtigung kämpfen. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Tierhaltung ist nicht mehr selbstverständlich. Über sie wird in den Medien entschieden.

Drastische Medienbilder vorgeblicher Verstöße gegen den Tierschutz bleiben in den Köpfen hängen. Beeinflusst das auch das Kaufverhalten?

Prof. Spiller: Bilder beeinflussen das Kaufverhalten der Verbraucher langfristig. Wie bei den vielen tatsächlichen oder vermeintlichen Skandalen sind die kurzfristigen Effekte auf das Kaufverhalten gering und normalisieren sich schnell wieder. Das heißt aber nicht, dass sich keine dauerhaften Folgen ergeben: Für Deutschland belegt die Marktforschung, dass in den letzten Jahren erstmals die besser gebildeten und einkommensstarken Verbrauchergruppen weniger Fleisch essen als die unteren sozialen Schichten. Dies zeigt eine gesellschaftliche Trendumkehr, denn die Konsumtrends werden von den jungen, gut gebildeten Zielgruppen gesetzt.

Was muss die Branche tun?

Prof. Spiller: Wer den gesellschaftlichen Dialog in den Medien und Internetforen nicht eingeht, hat schon verloren. Zugegeben, eine Kommunikation vieler Themen der Fleischwirtschaft ist schwierig, aber dennoch: Viel zu lange hat die gesamte deutsche Fleischkette geschwiegen. Landwirte und Wissenschaftler wissen zum Beispiel, dass das Tierwohl nichts mit der Betriebsgröße zu tun hat. Das wird aber nicht vermittelt. Resultat ist das heute dominierende Schlagwort Massentierhaltung, die für den Verbraucher – wie bereits erwähnt – bei 400 Mastplätzen beginnt. ds